



# Brasiliens nächster Präsident

Die wesentlichen politischen Aufgaben des Landes wird Cardosos Nachfolger auch mit noch so viel Geld nicht lösen. Vorrang muss für ihn vielmehr die Einschwörung der Führungselite für seine Modernisierungsziele haben.

TEXT: LORENZ WINTER

**M**eilenweit entfernt vom Debat- tenlärm und den Schlamm- schlachten der Wahlkämpfer im Fernsehen, gab der scheidende Prä- sident beim südafrikanischen Umwelt- gipfel bereits die Devise für seinen Amtsnachfolger aus. Es komme vor allem darauf an, ermahnte Fernando Henrique Cardoso in Johannesburg die Teilnehmer an der Schlussrunde des Stimmenwettbewerbs bei sich daheim, jenseits von Parteienhader und persön- lichen Eitelkeiten dafür zu sorgen, dass „der Handlungsfahrplan der Regierung eingehalten wird“.

Auch wenn sein Appell ein wenig pedantisch klingen mochte, gab es doch genug Anlass dazu. Allein schon wegen der für südamerikanische Verhältnisse ungewöhnlichen langen Amtsdauer Cardosos wirkt der Machtübergang an das neu gewählte Staatsoberhaupt wie eine historische Zäsur. Deshalb war es nur konsequent, wenn der Präsident seinem Wunsch nach Kontinuität im Wandel dadurch Substanz verlieh, dass er Luiz Inácio (Lula) da Silva, Ciro Gomes, José Serra und Anthony Garotinho nachein- ander zu einem Gespräch unter vier Augen empfing.

Früher hätte eine solche Einladung bei den Adressaten und in der Öffent- lichkeit wahrscheinlich eher „Argwohn und Misstrauen“ geweckt, vermutete der Leitartikler des „Jornal do Brasil“. Heute akzeptiere das demokratische Selbstver- ständnis Brasiliens jedoch, dass jedes Kabinett zum Schluss geradezu die Pflicht habe, seine möglichen Nachfol- ger in „die Geheimnisse und Erforder- nisse des Regierungsgeschäfts einzuwei- hen“. So bleibe die politische Stabilität am besten gewahrt.

Cardoso hätte nun bei den Über- gangsgesprächen den von ihm zitierten „Handlungsfahrplan“ zum Beispiel durch Verweis auf die Aktionsprogramme „Brasil em ação“ von 1998 und „Avança Brasil“ von 1999 konkretisieren können. Vieles davon blieb während seiner letz- ten Amtsmonate zwar im Ansatz stecken – der „Fahrplan“ geriet durch Ereignisse wie Argentinien, den schwarzen Sep- tember von New York und die Folgen der Börsenskandale an der Wall Street durcheinander. Aber alles, was dort

an staatlichen Aufgaben etwa bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze, zur Gar- antie einer effizienteren Einkommens- verteilung, zu Fortschritten im Ausbil- dungswesen, beim Ausbau der Infra- struktur, einer stärkeren Eingliederung Brasiliens in den internationalen Waren- austausch oder bei der technisch-wis- senschaftlichen Innovation definiert wurde, müsste auch für die ab Januar 2003 tätige Regierung verbindliches Ziel bleiben.

Tatsächlich beschränkte sich der Ge- dankenaustausch Cardosos mit den vier Nachfolgekandidaten jedoch auf die Bewertung der kurz vorher zustan- de gekommenen dritten Kreditverein- barung mit dem IWF. Das engte die Gesprächsperspektive unerwünscht ein und veranlasste sofort überflüssige öffentliche Debatten darum, ob die Vereinbarung als großer Sieg Brasiliens zu feiern sei oder als neuerliche Knebe- lung durch die internationale Hoch- finanz verdammt werden solle. Hierzu hätten Cardoso, Finanzminister Malan und Notenbankchef Fraga allen Beteilig- ten noch präziser klarmachen können und müssen, dass die Kreditzusage des IWF ihre Wirkung umso eindrucksvoller entfaltet, je weniger Brasilien von der zugesagten Summe später definitiv be- ansprucht. Sonst würde sich nämlich das scheinbar so glänzend eingefädelt 30-Milliarden-Dollar-Geschäft nur zu bald als weitere kostspielige Aufstockung der jetzt schon gewaltigen Schulden- pyramide des Landes entpuppen.

Deren Existenz demonstriert zudem, dass sich die wesentlichen politischen Aufgaben des Landes allein mit mög- lichst viel Geld nicht bewältigen lassen. Seit dem Start des Plano Real kassierte der Fiskus nämlich an die 100 Milliar- den Dollar Privatisierungserlöse, ließ sich vom IWF effektiv 35 Milliarden Dollar zuzahlen (beantragt wurden weit mehr) und schnallte den Brasilianern über Haushaltsabstriche den Gürtel um weitere 100 Milliarden Dollar enger. Die Staatskasse war während dieser Zeit also an sich stets prall gefüllt. Trotzdem verdoppelte sich mittlerweile der Anteil der öffentlichen Verschuldung am In- landsprodukt und fehlt es der Regierung heute an Investitionsmitteln sowohl für

die Infrastruktur (hardware) als auch für hochgemut verkündete Bildungsmaß- nahmen (software).

Bloßes Lamento über die zweifellos drückenden Zins- und Tilgungslasten als Kapitalfresser im Staatshaushalt nutzten den Verantwortlichen von gestern in diesem Zusammenhang jedoch ebenso wenig wie es den Regierungslenkern von morgen helfen wird. Die eigentliche Crux bestand und besteht für die Be- troffenen nämlich darin, dass sich der Staat während der Amtsführung Car- dosos wohl weitgehend aus der Unter- nehmenswirtschaft und dem öffent- lichen Dienstleistungsbereich zurück- zog, die Regierung aber die versproche- nen großen Modernisierungsvorhaben in jeweils verschiedenem Masse schul- dig blieb: Renten-, Verwaltungs- und vor allem Steuerreform.

Nun war mangelnder Erfolg auf die- sen Gebieten in den Vorjahren natürlich vor allem auch bedingt durch die stets labile Kongressmehrheit des Präsi- denten, durch Cardosos Verlust wichtiger politischer Verbündeter sowie durch hinhaltenden Widerstand von Gruppen- interessen und mächtiger „Kaziken“ des Hinterlands.

Ähnliche Hürden muss auch sein ab Januar im Palácio do Planalto wirkender Amtsnachfolger nehmen. Dabei wird er schon bald zu spüren bekommen, dass das viel zitierte besondere „Länderrisi- ko“ Brasiliens nicht in erster Linie aus tatsächlich drohender oder spekulativ herbei geredeter Zahlungsunfähigkeit des Landes besteht. Es hat seine Wur- zeln vielmehr in der von der internati- onalen Umwelt immer noch gefürchte- ten politischen Unberechenbarkeit von großen Teilen seiner Führungselite.

Cardoso gelang es oft nur, Auswüchse dieses Lasters beizeiten abzubiegen. Doch zum Durchbruch auf gesellschafts- politischen Reformfeldern reichte diese Taktik natürlich nicht. Brasiliens nächster Präsident wird sein Verhandlungstalent und seine Standfestigkeit in diesem Rin- gen noch zu beweisen haben, wenn er Cardosos Behauptung wahr machen will, das Land sei heute institutionell genauso gefestigt und politisch ebenso ernst zu nehmen wie seine Handels- und Ver- tragspartner auf der Nordhalbkugel. ■